

Vieh" zusammengetrieben worden. Neben den Schlangen vor den Wahllokalen sollen sich Soldaten mit schußbereitem Gewehr postiert haben. Auch amnesty international beklagte die Drohungen durch die Sicherheitskräfte und sorgte sich um die Sicherheit der Zivilbevölkerung. Viele Wähler scheinen ihren Protest dadurch ausgedrückt zu haben, daß sie ihren Stimmzettel ungültig machten. Bilder der BBC zeigen sogar vor einem Wahllokal eine separate Schlange für Nicht-Wähler - die Stempelfarbe am Finger soll sie vor den "Konsequenzen" schützen, die das Militär den Nicht-Wählern angedroht hat.

Interessanterweise wurde der massive Zwang, den die Sicherheitskräfte ausüb-

ten, in Indien selbst sehr selektiv wahrgenommen. Die indischen Zeitungen berichteten in der ersten Phase der Wahlen über die zweifelhaften Methoden des Militärs, in der späteren Berichterstattung tauchte das Thema jedoch kaum noch auf. Das Magazin Frontline übermittelte einen von zwei Beiträgen zu den Kashmir-Wahlen gar: "Das Gerücht vom weitverbreiteten Druck." Die Begründung für die abweichenden Berichte wird gleich mitgeliefert: viele Wähler könnten die Journalisten bewußt angelogen haben. Denn nach dem Abzug der für die Wahlen zusätzlich herbeigeschafften Sicherheitskräfte könnten die Militanten sich an der Bevölkerung dafür rächen, daß der Boykottaufruf nicht befolgt

wurde - und da würde es helfen, wenn Zwang zum Wählen vorgetäuscht wurde. Wie dem auch sei, die Wahrheit wird sich kaum ermitteln lassen. Bürgerrechtsorganisationen, die die Wahlen beobachtet haben, kommen jedoch zu einem eindeutigen Urteil. Für Suresh Rajeshwar vom 'Committee for Democratic Rights' steht fest: das ganze ist "ein Betrug an der Demokratie."

Wie geht es jetzt in diesem Unruhegebiet weiter? Der unabhängige Wahlkommissar T.N. Seshan hat am 19. Juli Wahlen zum Landesparlament angekündigt. Diese sollen voraussichtlich im September stattfinden. Allerdings werden die Wahlen anders ablaufen müssen, um Anerkennung zu finden.

Chidambaram - ein Mann für alle Fälle?

von Thomas Stukenberg

Als die Ernennung von Palianapan Chidambaram zum Finanzminister bekannt wurde, reagierte die indische Industrie allgemein mit Erleichterung. Man hatte erwartet, der neue Premierminister Deve Gowda würde einen Mann "aus seinem Stall" für das Schlüsselressort Finanzen benennen. Doch Gowda selbst hatte diese Befürchtungen seitens der Industrie nie genährt, und auch die Kommunisten leisteten keinen Widerstand. Im Gegenteil, CPI(M)-Chef Indrajit Gupta unterstützt das von der 'United Front' ausgearbeitete Minimalprogramm ausdrücklich, und auch der kommunistische Ministerpräsident von West Bengalen, Jyoti Basu, selbst eine Zeitlang als indischer Premier gehandelt, gilt als Unterstützer der Wirtschaftsreformen und Protagonist eines offenen Marktes.

Welche Aufgaben werden auf den neuen indischen Finanzminister zukommen? In Indien bestimmt weniger der Wirtschafts- oder Handelsminister die Wirtschaftspolitik, als vielmehr der Finanzminister. Chidambarams Vorgänger Manmohan Singh steht beim Ausland in dem ausgezeichneten Ruf, maßgeblicher Architekt der 'New Economic Policy' mit Liberalisierung, Deregulierung und fortschreitender Öffnung Indiens zum Weltmarkt zu sein.

Eine derartige Machtfülle, wie sie für die Durchsetzung dieser weitreichenden Reformen notwendig ist, wird auch Chidambaram gegeben, denn er bekommt neben dem Finanzressort noch die Verantwortung für Teile des Justizressorts, insbesondere für das Unternehmensrecht. Als Jurist erhält Chidambaram damit alle Befugnisse, um die Reform des indischen Unternehmensrechts, die seitens großer Teile der Industrie für überfällig gilt, voranzutreiben. Und über die Kontrolle der Staatsfinanzen und seine Funktion als oberster Währungshüter hinaus erhält Chidambaram - wie vor ihm Singh - weitreichende Befugnisse zur Gestaltung des indischen Wirtschaftssystems.

In der Regierung besteht weitgehend Einigkeit, daß die von Manmohan Singh eingeleiteten Reformen im Grundsatz weitergetrieben werden müssen. Doch sozialistische Rhetorik hat in Indien offenbar noch nie viel bedeutet angesichts der Weltmarkt-Sachzwänge und der

wachsenden Staatsverschuldung. Selbst Ex-Finanzminister Singh war früher bekennender Sozialist, und auch Chidambaram selbst liebäugelte, obwohl jahrelang 'Congress'-Mitglied, mit sozialistischen Ideen.

Natürlich werden der Regierung Rao bei der Wirtschaftspolitik auch Versäumnisse vorgeworfen: So ist die Deregulierung und Vereinfachung des Unternehmensrechts sowie bürokratischer Vorschriften noch längst nicht abgeschlossen. Chidambaram gilt als Bewunderer von Singh, doch in der Zeit, als beide noch Kabinettskollegen waren, forderte der Handelsminister beispielsweise vom Finanzminister Maßnahmen zur Stabilisierung der schwachen Rupie, gegen die sich Singh sträubte, weil er dirigistische Eingriffe ablehnte.

Chidambaram gilt bei den einen als elitärer Snob, bei den anderen als realistischer Reformator. Unstrittig ist sein Verhandlungstalent und seine Fähigkeit, Vorhaben durchzusetzen. Als die United Front unter Leitung von Deve Gowda ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm ausarbeitete, war es nicht zuletzt Chidambarams Durchsetzungsfähigkeit und Geschick zu verdanken, daß man sich - nach anfänglichen, eher formalen Schwierigkeiten - relativ schnell auf ein Minimalprogramm einigen konnte. In dem Programmkomitee saßen neben Chidambaram vom 'Tamil Maanila Congress', einer Abspaltung des 'Congress', der Kommunist Sitaram Yechuri (CPI-



Welche Vorteile wird die arme Bevölkerung von der neuen Regierung haben? (Foto: Walter Keller)

M) und Jaipal Reddy von der 'Janata Dal', sowie später S. Raja von der CPI. Als sich Chidambaram weigerte, einen - aus seiner Sicht verwässerten - gemeinsamen Entwurf auszuarbeiten, wurde schließlich vorgeschlagen, aus den wirtschaftspolitischen Programmen aller an der Regierung beteiligten Parteien ein Programm zusammenzuschreiben. Chidambaram erhielt den Auftrag, hierin auch die Wünsche der CPI(M) und CPI zu berücksichtigen. Hier war Chidambarams Verhandlungsgeschick gefragt: Es gelang ihm, seine kommunistischen Kritiker weitgehend von der Notwendigkeit zu überzeugen, die indischen Finanzmärkte für langfristige Auslandskredite - insbesondere aus dem privaten Versicherungssektor - zu öffnen. Die CPI(M) hatte eigentlich stärker auf Gelder von öffentlichen internationalen Institutionen wie der Weltbank gesetzt - die aber nicht in ausreichendem Maße langfristig zu sichern sind. Nach Weltbank Angaben belaufen sich die internationalen Kredite von privaten Geldgebern auf das fünffache der institutionellen, also öffentlichen Kredite. Von den in 1995 vergebenen 325 Milliarden US-Dollar Direktinvestitionen hatte Indien aber nur einen bescheidenen Anteil von drei Milliarden US-Dollar erhalten.

Ein weiterer kritischer Punkt war die Privatisierung von Teilen des indischen Staatssektors und der Umgang mit Krisenbranchen. Während Chidambaram eindeutig für den Rückzug aus Krisenbetrieben plädierte, sprach sich die

CPI(M) für eine Übernahme kranker Betriebe durch die Belegschaften aus. Man "einigte" sich schließlich darauf, Arbeitergenossenschaften in Kombination mit professionellem Management anzustreben. Wer diese "professional groups", die für das Management vorgesehen waren, sein sollten, blieb offen, so daß beide Seiten - Chidambaram wie Yechuri - für sich einen Erfolg verbuchen konnten. Bei der Forderung, die Wirtschaftspolitik so transparent und öffentlich wie möglich zu gestalten, einigte man sich wiederum auf die schwammige Formulierung, "relevante Fakten und Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich" zu machen. Harkishan Singh Surjeet von der CPI(M) setzte seinerseits die weitere Förderung öffentlicher Trinkwasserprogramme durch. Die Forderung des 'Congress'-Dissidenten N.D. Tiwari, daß der Staat alle maroden Kleinbetriebe übernehmen solle, wurde dagegen nicht in das Programm aufgenommen.

Es ist nicht auszuschließen, daß die neue Regierung mit Finanzminister Chidambaram ihren Vorgänger in der Wirtschaftspolitik hinsichtlich Deregulierung und marktwirtschaftlichem Kurs noch "rechts" überholen wird. Denn man wirft inzwischen der Regierung Rao/Singh z.B. stabilitätsgefährdenden und die Wirtschaft ruinierenden Populismus vor, da sie den Bauern zu hohe Subventionen gewährt habe. Gerade der neue Regierungschef Deve Gowda hatte dagegen in seiner Zeit als Ministerpräsident von Karnataka zwar verstärkt um

Auslandsinvestitionen geworben, war aber auch als entschiedener Unterstützer des Kampfes indischer Bauern gegen die GATT-Freihandelsdoktrin in Erscheinung getreten.

Wenn man nicht die "sozialistische" Rhetorik von Chidambaram und anderen Regierungsvertretern als "Jugendssünden" abtut, so erscheint es insgesamt als äußerst ungewiß, welchen wirtschaftspolitischen Kurs die neue Regierung wirklich einschlagen wird. Um die Hoffnungen ihrer Wähler-Klientel - viele der 'Janata Dal'-Wähler sind Kleinbauern, Dalits und andere von der Reformpolitik "im Stich gelassene" - nicht zu enttäuschen und gleichzeitig den realpolitischen Zwängen des Weltmarktes und knapper Haushaltsmittel gerecht zu werden, muß Chidambaram wohl "mit doppelter Zunge" reden.

Als machtbesessener Opportunist gilt Chidambaram, der mit der Verantwortung für das Finanzressort ein persönliches Ziel erreicht hat, seinen Kritikern ohnehin: Der Politiker aus einer Textilhändlerfamilie in Tamil Nadu verließ Raos 'Congress'-Partei, als diese sich durch ihre Koalition mit der chancenlosen AIADMK der Ex-Ministerpräsidentin Jayalalitha in Tamil Nadu jegliche Machtchancen in dem südlichen Unionsstaat verspielt hatte. Er trat dem 'Tamil Maanila Congress' unter Mooppanar bei, der - unterstützt durch einen populären Filmstar - in Koalition mit der DMK des Ex-Chief Ministers Karunanidhi die Wahlen in Tamil Nadu gewann.